

WAHLPRÜFSTEIN 6

Gentechnik

Aussage:

Die Versprechen der Agrarkonzerne, dass der Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen die Erträge auf den Feldern steigern, den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen und Pflanzenschutz nahezu überflüssig machen soll, sind verführerisch, ebenso wie Aussagen, dass innovative gentechnologische Verfahren wie die CRISPR/CAS9-Methode große Chancen eröffnen im Hinblick auf Anwendungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen, der Landwirtschaft und der Umwelt.

Fakt:

In der „Naturbewusstseinsstudie 2019“ des Bundesamtes für Naturschutz sprechen sich **81 Prozent der Befragten für ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen** in der Landwirtschaft aus. Solche Lebensmittel wären in Deutschland folglich weiterhin schlecht verkäuflich.

Die Versprechen, mit gentechnisch veränderten Pflanzen höhere Erträge und weniger [Chemie](#) auf den Äckern zu haben oder gar den Hunger zu bekämpfen, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen müssen z.T. sogar erheblich mehr Spritzmittel eingesetzt werden. Auch die Entwicklung von Resistenzen bei [Beikräutern](#) und [Insekten](#) beschleunigt sich. Sogenannte "Nichtzielorganismen" werden gefährdet, die Artenvielfalt im Agrarraum wird weiter reduziert.

Die [Ausbreitung transgener Pflanzen](#) allerdings lässt sich nicht begrenzen – denn sind sie einmal in die Umwelt gelangt, verbleiben sie dort für immer.

Fragen:

- (16) Wie stehen Sie zum Einsatz von Gentechnik mit dem Ziel, die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern?**
- (17) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg keine genveränderten Pflanzen angebaut werden?**
- (18) Wie stufen Sie CRISPR/ CaS 9 Pflanzen diesbezüglich ein?**
- (19) Werden Sie eine Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln einfordern?**

Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Sammelantwort zu Fragen 16-19:

Beim Thema Gentechnik möchte ich nicht pauschalisieren - dafür ist die Materie schlichtweg zu komplex. Die öffentliche Debatte ist bei diesem Thema zudem maximal emotional aufgeladen und wird in der Regel mehr emotional als rational geführt. "Gentechnik" und "Chemie" in Summe zu verteufeln ist weder zielführend noch entspricht es der faktischen Entwicklung, die sich global abspielt bzw. die sich bereits vollzogen hat. Zunächst müsste einmal definiert werden, was man im Einzelnen unter "Chemie" bzw. "Gentechnik" versteht. Große Teile unseres modernen Lebens und unseres (medizinischen) Fortschritts verdanken wir Entwicklungen und Innovationen aus dem Bereich "Chemie/Gentechnik", ohne dass dies der Mehrheit der Menschen bewusst wäre. Die Impfstoffentwicklung im Zuge der Coronakrise sei hier beispielhaft genannt.

Die Frage, wie weit wir als Gesellschaft in bestimmten wissenschaftlichen bzw. technologischen Forschungsbereichen gehen wollen, ist hochkomplex und ethisch anspruchsvoll. Hier müssen im Einzelfall begründete Abwägungsentscheidungen getroffen werden - weder eine generelle Freigabe noch ein pauschales Verbot halte ich für zielführend.

Problematische Entwicklungen und mono- bzw. oligopolartige Strukturen im internationalen Agrobusiness, die auch ich mit Sorge sehe, scheinen mir eher das Problem als der wissenschaftliche bzw. technologische Fortschritt, den ein einzelnes Bundesland oder eine einzelne Region sowieso nicht aufhalten können wird.

Eine Kennzeichnungspflicht für "genveränderte" Lebensmittel halte ich unabhängig davon für sinnvoll, wobei hier wiederum definiert werden müsste, was unter "genverändert" im Einzelnen verstanden werden soll.

Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

16) Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang beim Einsatz von Gentechnik ein, um die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern.

17) Nein.

18) Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Es erlaubt präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Angesichts von Klimawandel und globalem Bevölkerungsanstieg wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch verbauen. Wir setzen uns daher für eine vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Wir brauchen widerstandsfähige und ertragsstarke Nutzpflanzen, um eine Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln im Öko-Landbau zu ermöglichen.

19) Ja. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass eine umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Verwendung von GVO auf dem Weg vom Acker oder Stall bis zum Teller nur durch die Festschreibung einer EU-weiten Prozesskennzeichnung möglich. Kennzeichnungspflichten müssen, gerade vor dem Hintergrund des Importes von Nahrungs- und Futtermitteln aus außereuropäischen Märkten, praktisch umsetzbar sein, rechtliche Klarheit bieten und dadurch echte Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten.

Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

16) Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang beim Einsatz von Gentechnik ein, um die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern. Zukünftig müssen zehn Milliarden (10 000 000 00) Menschen ernährt werden. Hier muss man wissenschaftlich offen sein, wie dies im übrigen auch die zuständige grüne Wissenschaftsministerin des Landes, Frau Theresia Bauer, vertritt.

17) Diese Frage liegt rechtlich auf der Kompetenzebene des Bundes und der Europäischen Union, dies gilt im Übrigen auch für die Gerichtsbarkeit.

18) Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Es erlaubt präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Angesichts von Klimawandel und globalem Bevölkerungsanstieg wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch verbauen. Auch hier sehen wir uns mit der grünen Wissenschaftsministerin des Landes im Einklang. Wir setzen uns daher für eine vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Wir brauchen widerstandsfähige und ertragsstarke Nutzpflanzen, um eine Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln im Öko-Landbau zu ermöglichen. (Problematik: hochtoxische Kupferpräparate im Öko-Weinbau)

19) Ja. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass eine umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Verwendung von GVO auf dem Weg vom Acker oder Stall bis zum Teller nur durch die Festschreibung einer EU-weiten Prozesskennzeichnung möglich ist. Kennzeichnungspflichten müssen, gerade vor dem Hintergrund des Importes von Nahrungs- und Futtermitteln aus außereuropäischen Märkten, praktisch umsetzbar sein, rechtliche Klarheit bieten und dadurch echte Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten. Für uns gilt der Verbrauchergrundsatz: Was drin ist muss drauf stehen und was drauf steht muss drin sein.

Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 16. Wir wollen keine Gentechnik in der Landwirtschaft

Zu 17. Natürlich

zu 18. Da müssen Sie mit unseren MdB Harald Ebner kommunizieren, er ist der grüne Fachmann

zu 19. Unbedingt!

Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

16) Wir halten Baden-Württemberg gentechnikfrei. Wir nutzen konsequent alle landespolitischen Spielräume, um Baden-Württemberg gentechnikfrei zu halten. Neue gentechnische Verfahren müssen – wie alle anderen Technologien auch – mit Blick auf ihre Chancen, Risiken und ökologischen sowie sozioökonomischen Folgen umfassend auf wissenschaftlicher Grundlage bewertet werden. Wir halten bei den neuen gentechnischen Methoden am strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip fest. So hat es auch der Europäische Gerichtshof 2018 bestätigt.

17) Die Zulassung und Freisetzung von Gene-Drive-Organismen lehnen wir wegen der enormen ökologischen Tragweite und generellen Unumkehrbarkeit grundsätzlich ab. Wir unterstützen ein weltweites Moratorium der Freisetzung von Gene-Drive-Organismen.

18) Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die auf Vielfalt, Resilienz und Schonung unserer natürlichen Ressourcen baut. Mit der neuen Gentechnik sind weitere Methoden verfügbar geworden, deren Anwendungsfolgen sich nicht hinreichend

abschätzen lassen. Unabhängig davon, wie man zu den Chancen der Neuen Gentechnik steht, ist für uns klar:

-es gilt das Vorsorgeprinzip;

-alle Risiken für Mensch und Umwelt müssen bei der Anwendung so weit wie möglichausgeschlossen werden;

-es müssen daher weiterhin auf EU- und nationaler Ebene die derzeit geltenden Überprüfungen und Regulierungen als Mindeststandard für alle Anwendungen im offenen System und für Freisetzen gelten;

-Transparenz und das „Recht auf Wissen, was drin ist“ sind für uns hohe Güter, daher gehören gentechnisch veränderte Produkte lückenlos gekennzeichnet.

19) Gesunde Lebensmittel – regional erzeugt und klar gekennzeichnet: Im Bund wollen wir eine Initiative „Verlässliche Lebensmittelkennzeichnung“ auf den Weg bringen. Es braucht eine Kennzeichnung, die gesetzlich verpflichtend ist und Produkteigenschaften wie Tierhaltung, Regionalität, vegetarisch, vegan oder fair umfasst. Nur so können die Verbraucher*innen die Herstellungsbedingungen unterstützen, die sie sich wünschen.

Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

16. Ich bin absoluter Natur-Fan und Gentechnik-Gegner!

17. JA!

18. Sie gefährden die natürliche Biodiversität und sind europaweit abzulehnen

19. Ich will keine genveränderten Lebensmittel! Und JA - sie müssen gekennzeichnet werden!

Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

(16) Ich setze mich, wie bereits erwähnt, für eine nachhaltige Bewirtschaftung ein. Daher kann Gentechnik in der Landwirtschaft nicht zielführend sein. Es ist zwar richtig, dass sich dadurch kurzfristig die Erträge steigern lassen, jedoch geht das auf Kosten der ganzen Umwelt und macht Landwirte erpressbar durch Pharmakonzerne.

(17) Ja, denn diese schaden der Landwirtschaft und den Böden eher, als das sie langfristig nutzen. Es ist bereits jetzt die Überzeugung der meisten Menschen, dass diese zukünftig nicht mehr angebaut werden dürfen.

(18) Wie oben schon erwähnt, gilt hier selbiges. In den letzten Jahrzehnten wurden immer neue Gentechniken durch die Pharmakonzerne entwickelt. Bisher hat keine davon die großen Hungerprobleme in der Dritten Welt lösen können, oder für eine gesündere Ernährung gesorgt.

(19) Ja, diese müssen allen Verbraucher*Innen deutlich erkennbar gemacht werden. Hierzu ist neben einer verpflichtenden Lebensmittelampel ein zusätzlicher Hinweis erforderlich.

Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(16) Die Gefahren der Gentechnik in der Landwirtschaft stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen.

(17) Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich mich selbstverständlich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg keine genveränderten Pflanzen angebaut werden.

(18) Diese Pflanzen sind ebenfalls gentechnisch veränderte Organismen.

(17) Eine Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln ist wichtig für die Kaufentscheidung des Verbrauchers und ich werde diese einfordern.

Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Wir sind als SPD Baden-Württemberg seit Jahren der Auffassung, dass keine Gentechnik-veränderten Organismen im Freiland eingesetzt werden dürfen und unter Glas auch nur bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen (für Forschungszwecke). Bei Lebensmitteln gilt für mich immer der Grundsatz der Transparenz.

Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort